et. Erst die in den Verbandswahlkreisen sich ergebenden
timmen werden auf die Reichswahlvorschlagslisten ver-
et. Damit will man durch die Einschiebung von Wahl-
nden den Zusammenhang zwischen Wählern und Abge-
ten verstärken, die Zahl der Abgeordneten, die aus dem
swahlvorschlage hervorgehen, vermindern, und so den
uß der Parteileitungen zugunsten des Einflusses der örtl-
Wählerschaft auf die Auswahl der Bewerber verringern.
er Vorentwurf C sieht ebenso wie der Vorschlag B
ere Wahlkreise mit regelmäßig vier Abgeordneten und die
mmenfassung zu Verbandswahlkreisen vor. Hier aber soll
n Parteien überlassen bleiben, entweder Wahlkreis- oder
andswahlkreisvorschläge einzureichen. Damit will man
chen, daß Wählergruppen, die in dem einen oder ande-en
ktkreise nicht wenigstens 60 000 Stimmen auf ihren Wahl-
chlag erhalten würden, sich mit Wählergruppen oder Par-
eines benachbarten Wahlkreises verbinden und einen ge-
schaftlichen Wahlvorschlag (Verbandswahlvorschlag) ein-
gen können.

Wir würden, soweit sich im Augenblick ein Urteil fällen
den Vorschlag B für den geeignetsten halten, weil er tat-
lich geeignet sein könnte, den Zusammenhang mit den Wäh-
und Abgeordneten zu verstärken, der bei einem Verhält-
ahlsystem an sich leicht verloren geht. Der Vorschlag C
heint uns deshalb nicht praktisch zu sein, weil er einer wei-
n Parteienzersplitterung Vorschub leisten und kleinen und
ßten Interessengruppen die Möglichkeit geben würde, zum
chteil des großen Ganzen erfolgreich in die politische Arena
treten.

Gewählt wird bei allen drei Systemen nur ein einziges
l. Die Wahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten,
chem Reichswahlvorschlag ihre Reststimmen zuzurechnen
d. Eine solche Erklärung muß auch der einzelne Stimm-
el aufweisen. Für den ganzen Wahlgang wird von der
gierung ein besonderer Reichswahlleiter bestellt. An
Wahl können auch, und das ist ein ganz neues Moment,
Auslandsdeutschen teilnehmen. Das ge-
nte Ausland soll einen einzigen Wahlkreis bilden. Jeder
slandsdeutsche kann einen Stimmzettel einsenden, der einen
men enthält. Alle Auslandsdeutschen zusammen erhalten
viele Abgeordnete, als die Summe der von ihnen abge-
benen gültigen Stimmen durch volle 60 000 teilbar ist. Vor-
ssetzung für das aktive und passive Wahlrecht der Auslands-
utschen ist natürlich ihre Reichsangehörigkeit.

Ein großes Manko, das man keineswegs gering einschätzen
ll, besteht darin, daß auch dieses Verhältniswahl-
stem keine Nachwahlen möglich macht. Gibt
n Abgeordneter sein Mandat auf oder stirbt er, so tritt auto-
atisch sein Nachfolger auf der Kandidatenliste an seine Stelle.
as wird von einem besonderen Reichswahlausschuß jedesmal
stgestellt. Da die Legislaturperiode künftig vier Jahre lang
uern soll, wird es keine Möglichkeit geben, an dem Ausfall
er Nachwahlen die politische Stimmung zu erkennen und
raus Folgerungen auf den Gang der Politik zu ziehen.
Dieses Fehlen eines solchen Regulativs kann leicht zur Er-
arrung des Parlaments führen und es dem öffentlichen
eben entfremden. Die Zahl der Abgeordneten, die an sich
ariabel ist, dürfte künftig ungefähr 400 betragen. Jedenfalls
eht der Entwurf die Möglichkeit vor, daß gegebenenfalls bei
esonders geringer Wahlbeteiligung die Verteilungszahl von
0 000 so weit herabgesetzt werden kann, daß mindestens
00 Abgeordnetensitze besetzt werden können.

Im ganzen scheint uns der Entwurf eine recht brauchbare
Grundlage für die Verhandlungen zu bieten.

(Vergleiche den Wortlaut der Vorentwürfe im 1. Beiblatt.)

Die Organisation des neuen Berlin.

Beschlüsse im Ausschuß.

Der Ausschuß der preußischen Landesversammlung für die Schaffung eines Groß-Berlin faßte in seiner Sitzung vom Freitag abend endgültig Beschluß über die Gestaltung des Wahlrechts. Es wurde die Wahlkreiseinteilung (15 Wahlbezirke), die Aufstellung von Bezirks- und Stadtlisten und die Verteilung der Mandate so vorgenommen, wie es gemäß dem Antrag Heilmann der Unterausschuß beschlossen hatte. Die Annahme erfolgte einstimmig. Es wurde sodann an die endgültige Abgrenzung der Verwaltungsbezirke gegangen. Umfangreichere Debatten riefen nur noch die Orte Friedenau und Lankwitz hervor. **Friedenau** wurde von Schöneberg zu **Wilmersdorf** und **Lankwitz** von **Steglitz zu Teltow** gelegt. Im übrigen wurden die Vorschläge der Regierung, die mit den Bürgermeistern der einzelnen strittigen Gemeinden vereinbart waren, angenommen und die einzelnen Ortschaften demgemäß auf die 20 Verwaltungsbezirke verteilt.

In der Sonnabendsitzung erledigte der Ausschuß die Bestimmungen über die Bezirksverordnetenversammlungen. Die Zahl der Bezirksverordneten wurde, je nach der Größe des Ortes, auf 15, 30, 40 45 festgesetzt und die Zahl der Bezirksverordneten für die großen Städte gegenüber der Regierungsvorlage stark herabgesetzt. Im übrigen wurden die Vorschläge der Regierung durchweg mit geringen Aenderungen angenommen.

Die Fortentwickelung des Völkerbundes.

Ein Vortrag von Professor Schücking.

Mit der Ratifikation des Friedensvertrages ist auch die in ihm enthaltene Völkerbundsverfassung in Kraft getreten. Der in Versailles geschaffene Völkerbund existiert. Wie soll sich Deutschland zu ihm stellen? Nicht rein kritisch, nicht verneinend, sondern nach Möglichkeit mitschaffend, um eine Fortentwicklung und Verbesserung seiner Verfassung nach unseren Idealen zu erreichen. Das war der Grundgedanke eines Vortrages, den der bedeutendste der deutschen Völkerbundstheoretiker, Professor Walter Schücking, am Sonnabend nachmittag in der Deutschen Liga für Völkerbund gehalten hat.

Eine scharfe Kritik des Werkes von Versailles bildete den Wegweiser für die von dem Redner gezeichnete deutsche Völkerbundspolitik. „Der Versailler Völkerbund", führte Professor Schücking ungefähr aus, „hat einen Januskopf. Er dient zwei durchaus entgegengesetzten Tendenzen. Er enthält Konzessionen an das pazifistische Ideal, er ist aber auch bestimmt zu einem Werkzeug der Exekutive gegen Deutschland. Zwiespältig wie das Werk der Heiligen Allianz, wird es möglicherweise auseinanderfallen wie dieses. Wir können uns daher nicht restlos auf ihn einstellen; wir können nicht restlos Völkerbundspolitik treiben. Aber wir müssen andererseits bereit sein, mit Eifer, wenn auch mit einiger Skepsis und objektiv, an der Entwickelung des Völkerbundes mitzuarbeiten. Es ist möglich, daß die Ersetzung dieses Gebäudes durch eine andere Kombination sich jetzt schon vorbereitet. Wir müssen aber eine Weiterentwickelung des Bundes, die unseren Leistungen in der Kulturwelt gerecht wird, als die bessere Lösung begrüßen. Ich halte die letztere Lösung auch für die wahrscheinlichere, denn ich bin Optimist, sonst wäre ich überhaupt kein Pazifist." Redner beleuchtet sodann die wichtigsten Einzelheiten des Völkerbundsstatuts. Er kritisierte das starke Uebergewicht des Einflusses Englands, das sich mit seinen Dominien gleich sechs Stimmen, und wenn man die von ihm ganz abhängigen Staaten Hedschas, Siam und Persien dazurechnet, neun Stimmen von 45 gesichert habe. „Wir müssen wünschen, daß der Widerstand, den Amerika gegen diese Ungerechtigkeit erhoben hat, zu einer Abänderung führt. Doch mache ich mir keine große Hoffnung in dieser Richtung. Eine ebenso große Ungerechtigkeit sind die Bestimmungen über die nachträglich aufzunehmenden, die ballotierten Mitglieder. Diese sind Deutschland, Oesterreich und Rußland, die man in ganz unvölkerbundsmäßiger Weise zurückgesetzt hat, ferner aber noch eine Reihe von Annexionskandidaten: Luxemburg, Mexiko, Abessinien, Afghanistan, Tibet. Der Speisezettel der Ueberzuschluckenden. Sehr zu bedauern ist auch die Ausschließung des Papstes (wohl infolge geheimer besonderer Abmachungen mit Italien), denn der Völkerbund sollte auch geistig fundamentiert werden. Unzureichend ist die Zusammensetzung des Direktoriums des Völkerbundes, in dem die fünf puissants principales, die Großmächte der neuen Aera, das Uebergewicht haben und die kleinen Staaten nur dekorativ sind. Demgegenüber müssen wir die Verwirklichung der Prinzipien der Demokratie verlangen. Nicht die Bevölkerungszahl allein, auch die Kulturbedeutung muß ausschlaggebender Faktor sein. Der deutsche Regierungsentwurf hat das vorgeschlagen, und das hat uns viel Sympathien bei den Neutralen verschafft. Nach unserem Eintritt in den Völkerbund wird uns die Aufgabe zufallen, die Rechte der Gruppe der kleineren Staaten zu vertreten. Was dem Völkerbunde fehlt, was der deutsche Entwurf vorschlägt, das ist ein **Weltparlament. Es muß eine fest organisierte, dauernde Weltgerichtsbehörde** geschaffen werden."

Weitere Forderungen, die der Redner vertrat, sind: Wegfall aller Sonderbündnisse, ein Weltkolonialamt, Garantierung der internationalen Verkehrsfreiheit, solidarische Bekämpfung der internationalen Pressefverhetzung, Schutz der nationalen Minderheiten, internationale Rohstoffverteilung und Produktionsregelung.

• **Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Angestelltenausschüsse und Funktionäre (Metallindustrie)** hält am Montag, den 26. d. M., abends 6½ Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25, **eine Versammlung** ab. **Thema: „Unsere Teuerungszulage."**

Kunstausstellungen.

F. St. Die Galerie Schulte bringt eine Sammlung des Landschafters Olof Jernberg. Der gehört zu den alten Sezessionisten, galt seinerzeit in seiner Heimatstadt Düsseldorf als schlimmer Revolutionär und ging gern nach Königsberg an die Akademie, die Dettmann leitete, und an der es verhältnismäßig unakademisch zuging. Vielleicht hat er sich künstlerisch niemals als Düsseldorfer gefühlt und fühlen die Düsseldorfer ihn nicht als den Ihrigen. Und doch drängt sich der Zusammenhang hier geradezu auf.

Olof Jernberg steht durchaus brüderlich neben anderen Dückerschülern, nur daß dieser Bruder draußen in der großen Welt gewesen ist und ein leichteres und feineres Wesen gewonnen hat. Das war in Paris, wo er den Impressionismus erlebte, wohl schon in den achtziger Jahren, als die anderen deutschen Maler dort noch zu anderen Göttern beteten. Das war bei ihm kein fremder und gewaltsamer Einfluß. Es gibt am Rhein, am Ober- und am Niederrhein Menschen, die einer französischen Art nahe verwandt sind. Jernberg gehört, trotzdem vom Vater her norwegisches Blut in ihm fließt, zu ihnen. So ging ihm die impressionistische Art, mit leichtem Pinsel zu malen, daß Licht und Luft und ihre Bewegung stärker zur Wirkung kamen als die gemeine Deutlichkeit der Dinge, leicht ein, und ebenso die feinere Farbe. Das war es, was ihn in einen gewissen Gegensatz zu der Düsseldorfer Schule brachte, die einen besonders niederdeutschen derbigen Realismus und eine dazu passende, etwas schwere und fette Farbe betonte. Aber er liebte und liebt noch dieselben Motive, flandrische Dörfer, die Winkel alter belgischer Städte und goldene Herbstlandschaften. Von je und noch heute ist er am glücklichsten, wenn er sich dem Eindruck hingibt und kein so großes Format wählt, daß das Bild einer Konstruktion bedarf. Wie alle Künstler der jetzt so scharf geschlossenen impressionistischen Zeit hat er sich große Frische bewahrt. Das macht — schlagt mich tot! — die enge Fühlung mit der Natur.

Bei Amsler und Ruthardt stellt Cornelia Paczka-Wagner Arbeiten aus allen Zeiten ihres Schaffens aus. Werke der letzten Zeit stehen am höchsten: ein plastisches und ein graphisches Bildnis ihres Vaters Adolph Wagner und groß gesehene Studienzeichnungen zu einem unklaren und zweifelhaften Relief: „Chaos". Einfache graphische Blätter aus früherer Zeit schließen sich an. Aber im ganzen fehlt diesem Schaffen jede Einheit, der Künstlerin die eigene Handschrift. Sie konnte einmal in der Art von Klinger und Greiner zeichnen, aber daneben stehen Blätter von ganz trivialem Realismus, und sie hat in Ungarn in der Art Paczkas gemalt. Niemand würde unbelehrt glauben, daß diese bunte Menge von Erzeugnissen von einem Urheber stammen können. Wenigstens jetzt müßte sie, wenn man all das frühere Hin und Her für Versuche nehmen soll, ihre Art zu finden, einen Weg wählen, um zu Resultaten zu kommen. Bisher ist eine solche Entscheidung nicht zu spüren.

Reinhart Maur sprach im Theatersaal des Landwehrkasino Grotesken und Satiren. Er geht eigene Wege und versteht es, um geistreiche Einfälle nie verlegen, unter der grotesken Hülle das Menschliche durchscheinen zu lassen. So waren Morgensterns lachende Philosophien fein gegliedert, dagegen störten bei Poes „Raben" und Liliencrons „Souveränem Herrn" dehnende Moisstaden, obschon Maurs durchgebildete Sprachtechnik bei dem letzten Werke besonders hervorgehoben sein soll. Eine Humoreske Mark Twains wurde launig erzählt. Das Beste aber waren, und auch am besten vorgetragen wurden Scherbaarts mephistophelische Phantasien und Karl Kraus' aphoristische Liebenswürdigkeiten und manifestative Ironien.

Aus der Kunstwelt. Im Künstlerhaus wird die Januarausstellung am 27. Januar, abends 6 Uhr geschlossen. Die Februarausstellung wird am 1. Februar eröffnet. Sie bringt eine Tierbildausstellung, an der u. a. W. Brandes, J. R. Korn, R. Kühdart, E. Freese, Hans Krause, W. Kuhnert, A. Roloff, A. Weczerzick u. a. m. beteiligt sind, ferner Kollektivonen von H. Kloß (Potsdam) und C. Zuetzer (Berlin).

Wissenschaftliche Nachrichten. Professor Paul Schuster, der vor kurzem zum leitenden Arzt der neugegründeten neurologischen Abteilung des Friedrich-Wilhelm-Hospitals der Stadt Berlin gewählt worden ist, ist zum Abteilungsvorsteher des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung ernannt worden.

Musiknachrichten. Das Kuratorium der Gerhart-Hiftscher-Stiftung (Musikhochschule, Charlottenburg, Fasanenstraße 1), nimmt Bewerbungsgesuche begabter, hilfsbedürftiger, junger Komponisten oder Kompositionsschüler, deren Gesundheit dringend eine Erholung erheischt, bis 15. März d. J. entgegen. Der Bewerbung sind Kompositionsarbeiten beizulegen. — **Elena Gerhardt ist für die Saison 1921/22 für zwölf Konzerte nach den Vereinigten Staaten** kontraktlich verpflichtet worden. — Morgen, Sonntag, ist in der Musikhochschule das 12. Meisterkonzert von Lilian v. Gramelt und Andreas Weißgerber. — Morgen, Sonntag, ist im Neuen Schöneberger Rathaus der 4. Kunstgemeindeabend. Mitwirkende: Lulu Kaeser-Landenthal, Arnold Foldesy. — In seinem zweiten Symphoniekonzert mit dem Blüthner-Orchester in der Singakademie am 31. d. M. bringt Edmund Meisel außer der 6. Symphonie „Pathétique" von Tschaikowsky erstmalig Paul Geisels symphonische Dichtung op. 1 „Maria Stuart" zur Aufführung. — Zum Besten unserer heimatlos gewordenen Volksgenossen aus den Grenzgebieten findet am 10. Februar unter Leitung von Professor Rüdel im Dom zu Berlin ein Konzert statt, zu dem Professor Walter Fischer, Emmi Leisner und das Klingler-Quartett ihre Mitwirkung zugesagt haben. — James Simon gibt am 13. Februar einen Chopin-Abend im Meistersaal.

Der Helfferich-Prozeß.

Die Ausbeutung der Briey-Gruben. — Erzberger als Aufsichtsratsmitglied.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In der **weiteren Vernehmung des Direktors Rabes** sagt dieser folgendes aus: Wir haben in bezug auf vaterländische Verteidigung die Bemühungen bei dem Obersten der Festung Metz, dem General v. Oven und dem Bezirkspräsidenten von Lothringen, dem Freiherrn v. Gemmingen, fortgesetzt. Wir wiederholten unseren Antrag in bezug auf Inbetriebnahme von Gruben und stellten den weiteren Antrag, uns die auf französischem Boden lagernden Erze käuflich zu überlassen. Aus dem Wortlaut der Eingaben geht hervor, daß das Thyssen-Werk in der allergrößten Gefahr einer unzureichenden Erzversorgung sich befand. Die Anträge bezogen sich auf Ueberlassung von Gruben im Kriegsbezirk zur Inbetriebnahme und Ausbeute auf die Dauer des Krieges. Die weitergehenden Vorschläge bezogen sich auf einen Austausch von unserem deutschen Besitztum im übrigen Frankreich gegen Gruboneigentum im Briey-Bezirk. Von einer Uebereignung von Grubeneigentum im Kriegsbezirk schon wäl,rend der Dauer des Krieges ist keine Rede gewesen. Es ist ausdrücklich erklärt worden, daß der Erztrieb nach bergmännischen Grundsätzen unter Aufsicht der deutschen Schutzverwaltung für Rechnung des bisherigen Eigentümers geführt und Rechnung darüber abgelegt werden soll. Der Zeuge betont auf verschiedene Vorhaltungen über die etwa vorhandenen Absichten auf Eigentumsübertragung, daß über diese Frage vielfach Erörterungen stattgefunden haben, so mit dem Geheimen Rat Zorn, Geheimen Rat Zitelmann und Justizrat Dr. Silberstein, nach deren Gutachten wir unmöglich einen Antrag auf Uebereignung während des Krieges stellen konnten. Gegenüber Erzberger ist bei den Verhandlungen mit diesem kein anderer Standpunkt eingenommen worden. Die an das Reichsamt des Innern zu Händen des Unterstaatssekretärs Richter gemachten Eingaben lassen, wie der Zeuge unter wiederholten Einwendungen der Gegenseite darzulegen sucht, das Gegenteil nicht erkennen. Die Erznappheit trat zu einer Zeit ein, als das Feldheer in die allergrößte Not bezüglich des Geschütz- und Geschoßmaterials geraten war. Die Behörden mußten mit einer langen Dauer des Krieges rechnen, und die Erzeugung von Geschossen mußte bis aufs äußerste gesteigert werden. Und die Eisenindustrie befand sich in einer Lage, die sehr bedenklich war. Die Erzversorgung reichte nur aus, um eine Beschäftigung von nur 60 Prozent der Friedenserzeugung zu gestatten. Wenn man auf die von uns gemachten Vorschläge eingegangen wäre, wäre es nicht schwer gewesen, den Erzbedarf der deutschen Werke bei voller Beschäftigung zu decken. Der damalige Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern trat dann unter Würdigung der ganzen Sachlage im Mai 1916 an Herrn Fritz Thyssen mit der Aufforderung heran, doch nochmals eine Eingabe auf Inbetriebnahme einiger Minettegruben zu unterbreiten. Das geschah dann. Aber auch in dieser Eingabe ist nur von einer Inbetriebnahme und Ausbeute der Gruben die Rede, und auch diese enthielt die ausdrückliche Verpflichtung, den Betrieb der Gruben nach Anweisung der deutschen Bergverwaltung zu führen. Bei einer späteren Anfrage nach dem Schicksal der Eingabe erwiderte der Unterstaatssekretär Richter, daß er nicht durchgedrungen sei, weil Schwierigkeiten gemacht würden, da nach vieler Ansicht zwar in der Eingabe nur von Inbetriebnahme und Ausbeute der Briey-Gruben die Rede sei, aber doch von anderer Seite die Eingabe so ausgelegt werde, als ob man eine dauernde Ueberlassung der Gruben im Auge habe. — Nach weiteren sehr eingehenden Schilderungen des Zeugen über die Lage der Erzförderung und die Bedürfnisse der Heeresverwaltung fragt der Vorsitzende nochmals, ob von Anfang an beabsichtigt gewesen sei, das Eigentum an den Gruben zu erlangen. Der Zeuge erklärt nochmals, daß nicht beabsichtigt gewesen sei, durch die Eingabe vom 23. Mai doch wieder auf die Eigentumsübertragung zurückzukommen. Herr Thyssen hatte ursprünglich die Absicht einer Eigentumsübertragung; er erkundigt, von diesem aber den Bescheid erhalten, daß das Eigentum nicht angetastet werden dürfe. Von den entschiedenen Eingaben hat Erzberger abschriftlich Kenntnis erhalten. Im allgemeinen lagen die Interessen der Thyssen-Werke und der anderen Werke der Erzindustrie gleichzeitig im Rahmen der Interessen des Vaterlandes. Herr Erzberger war nicht für Annexion der Gruben.

Die Erörterung dieses Themas zeitigt noch eine große Reihe von Fragen an die Zeugen Rabes und Erzberger, die wieder sehr ins einzelne gehende Erörterungen zwischen den Parteien, dem Zeugen und den Vertretern der Staatsanwaltschaft hervorrufen. Dr. Helfferich sucht namentlich durch viele Fragen und Vorhalte an den Zeugen Erzberger und unter Hinweis auf später zu vernehmende Zeugen und auf Akten zu beweisen, daß die ursprüngliche Propaganda, die von Herrn Erzberger eingeleitet worden, im Wahrheit auf Annexion der Gruben hingezielt habe.

Dr. Alsberg (zu Erzberger): Ist es richtig, daß Sie mit Herrn Thyssen die Propaganda bezüglich des Erwerbs besprochen haben?

Zeuge Erzberger: Ja.

Dr. Alsberg: Haben Sie Kenntnis genommen von der Propaganda, die dann einsetzte, und haben Sie irgend Veranlassung genommen, dagegen zu protestieren, daß diese Propaganda auf Annexion von Briey-Longwy hinauslief?

Zeuge Erzberger: Dazu war ich nicht verpflichtet.

Dr. Alsberg: Wenn die Propaganda unter Ihrer Aegide stand und sie angeblich im Widerspruch stand mit dem, was die Friedensresolution anstrebte, war das unbedingt Ihre Pflicht.

Zeuge Erzberger: Ich bestreite, daß ich die Führung der Propaganda hatte. Ich habe nur eine einzige Unterredung mit Dr. Reichert gehabt und werde das Zeugnis des Dr. Reichert abwarten.

Dr. Alsberg: Ich habe nur gesagt, daß die Propaganda unter Ihrer Aegide stand.

Zeuge Erzberger: Ich kann hier nur unter Vorbehalt sprechen. Ich kann nur sagen, daß Oberst Bauer von der Obersten Heeresleitung zu mir kam und mir sagte, es sei auffallend, daß das Volk so wenig Verständnis für die Wichtigkeit von Briey-Longwy habe, und es sei notwendig, darüber Aufklärung zu verbreiten.

Ein erregter Zusammenstoß.

Dr. Helfferich ruft dazwischen: Sagen Sie doch die Wahrheit! Zeuge Erzberger (mit erhobener Stimme): Ich verbitte mir solche unerhörten beleidigenden Bemerkungen des Angeklagten, der hier die Rolle des Zensors sich anmaßt.

Vorsitzender bittet, alle Erregung zu unterlassen; hätte er die Zwischenbemerkung gehört, hätte er dazu Stellung genommen.

Zeuge Erzberger: Ich bemühe mich gewiß, ruhig und sachlich trotz aller Anwürfe der Gegenseite zu bleiben, aber gegenüber solchen Bemerkungen kann man sich schwer bemeistern. Auf weiteren Vorhalt setzt der Zeuge auseinander, für ihn sei es nur maßgebend gewesen, wie man die Industrie sichern könne.

Vorsitzender: Was haben Sie denn nun für die Propaganda getan?

Zeuge Erzberger: Ich habe nur ganz allgemeine Richtlinien aufgestellt. Aber eine Führung der Propaganda oder eine Verantwortung für diese hatte ich nicht.

Dr. Alsberg: Ist Ihnen bekannt, daß die Propaganda im ganzen Reiche im Sinne der Annexion geführt wurde?

Zeuge Erzberger: Ich sah Artikel sowohl für wie gegen die Annexion.

Dr. Alsberg: Letzteres dürfte nicht zutreffen. Wenn Sie die Friedensresolution mit allen Kräften durchzubringen trachteten und damit dem Völkerfrieden dienen wollten, so wäre es doch wohl notwendig gewesen, gegen die dieser Resolution widersprechende Propaganda öffentlich deutlich Stellung zu nehmen.